

Abo-nemmenspreis
für die höchste und niedrigste Ausgabe: 10 Pf.
Für die Arbeiterschaft: 10 Pf.

Redaktion
Gwingertstraße 22, room.
Geschäftsstelle
Gwingertstraße 22, room.
Telefon: 12 99 1 122.
Telegraph: 12 122.
Telegraph: 12 122.
Telegraph: 12 122.
Telegraph: 12 122.

Sächsische

Arbeiter-Zeitung

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Abonnement
Sachen Nr. 6 abzuliefern. Sollte
der Preis nicht auf 20 Pf. ver-
ringert werden, so wird das
Abonnement ohne Rücksicht gestrichen.
Bestellungen 15 Pf. zu leisten.
Werden die Bestellungen nicht
innerhalb eines Monats erfüllt, so
wird das Abonnement ohne Rücksicht gestrichen.

Edition:
Gwingertstraße 22, post.
Bestellung vor mindestens 4 Mo-
naten kann sie sein.
Telefon: 12 122.

Editorial steht am Wochende 100
Sachen und Zeitung.

Nr. 159.

Dresden, Montag den 14. Juli 1902.

13. Jahrg.

Arbeiter, erwerbt das Bürgerrecht!

Das alte Spiel.

gh. Die Nachricht, daß der Reichskanzler von den Gewerbeverbänden Preise über die Arbeitsmängel einer Verkürzung der Arbeitzeit für die Arbeiterschaft ein eingefordert hat, ist von der bürgerlichen Presse als ein erstaunlicher Beweis für den Zustand der Regierungen auf dem Gebiete der Sozialpolitik betrachtet worden. Zu einer solchen Aussage liegt aber gar kein Grund vor. Im Gegenteil müssen wir das Verhalten der Regierungen als schädlich beurteilen, weil es die Wirkung haben muß, daß der Erfolg der alten, als dringend notwendig anerkannten Schlußfolgerungen für die Arbeiterschaften noch länger hinausgeschoben wird. Diese Verhältnisse können um so weniger gerechtfertigt werden, als die Anregung schon ohne dies nur zu lang hingezogen worden ist, und die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten über alle hier in Betracht kommenden Umstände bereits vorliegen.

Bürgerlich haben die Sozialdemokraten seit jeher einen besseren Schluß für die Arbeiterschaften verlangt und dementsprechende Anträge im Reichstage wiederholt gestellt, natürlich ohne damit bei den bürgerlichen Parteien und den Regierungen Anfang zu finden. Nur der letzten Reichstagssitzung aber hielt das Zentrum, um seinen arbeiterfreundlichen Heiligenschein vor den gebildeten Bürgern nicht ganz und gar zu zerstreuen, für notwendig, daß „etwas“ geschiehe. So wurde am 22. Januar 1898 im Reichstage eine Resolution gefaßt, durch die der Reichskanzler eracht wurde, eine eingehende Berücksichtigung über die Behandlung verheirateter Frauen in Arbeitsstätten in den nächsten Arbeitserträgen der Gewerbeaufsichtsbeamten zu veranlassen. Entgegengesetzt sind die Gewerbeaufsichtsbeamten angekommen worden, in den Jahresberichten für 1899 an der Hand der in ihren Bezirken gemachten Erfahrungen. Die Fragen im Zusammenhang zu erörtern nach einer Auseinandersetzung, die eine ganze Reihe von Fragen über die bestehenden Zustände und die Wirkung einziger Änderungen umfaßt. Unter den Fragen befand sich auch die:

„Empfiehlt sich, die verheirateten Frauen, soweit sie ein Handwerk zu besorgen haben, allgemein oder nur für einzelne Industriezweige, allgemein oder doch während der Zeit der Schwangerschaft oder während sie nähdien, kürzer als bis jetzt oder mit häufigeren oder längeren Pausen zu beschäftigen?“

Wir haben diese Frage wörtlich wiedergegeben, um zu zeigen, daß bei diesen Erhebungen auch alle diesen Momenten in Bezug gesogen worden sind, die für eine etwaige Verkürzung der Arbeitzeit von Wichtigkeit sein können. Freilich ist die Behandlung dieser Erhebungen auf die Verkürzung der verheirateten Frauen ein großer Fehler. Als dies Abgeordneter noch im Reichstage am 14. Januar v. J. rägte, wied der Staatssekretär des Innern, Graf v. Postawoda, auf eine Beschlußvorlage, die die Erhebungen nur in dieser Behandlung verlängerte. Er hatte aber offenbar aus den Worten des Herrn Graf v. Postawoda die Vermutung herabgeholt, daß die tatsächliche Erörterung den Anfang zu einer neuen Erhebung und damit zur neuen Verstärkung dieser Sache geben könnte. Denn Graf v. Postawoda rührte in seiner Antwort auf die Auseinandersetzungen höchst wörtlich fort:

„Aber das kann ich unterscheiden, daß in vielen Beziehungen

bei dem Zusammenstoß der verheirateten und unverheirateten Frauen das, was für die verheirateten Frauen gilt, auch auf die unverheirateten Frauen und Anwendung finden müssen. Dazu brauchen wir aber keine besonderen Erhebungen; das wird ganz einfach aus der Natur der Thatache sich ergeben.“

Teileiner Meinung nutzen damals auch alle Parteien. Die Sozialdemokraten brachten bereits am 28. November 1900 einen Antrag ein, der eine ganze Reihe von neuen Schlußfolgerungen, darunter auch Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterschaften, verlangte, und ihr Fraktionsvorsitzender, Weiß, benutzte die erste Gelegenheit, die erste Beratung des Gesetz am 11. Februar 1900, dazu, um die allgemeine Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß die Regierung auch jetzt noch nicht nach Veröffentlichung der Ergebnisse dieser Erhebungen eine Vorlage zum Schutz der Arbeiterschaften ausarbeiten. Selbst die Kreisämter, denen doch kein Mensch einen so großen Eifer für den Ausbau unterordneten Arbeitertages vermittelte, haben als selbstverständlich an, daß man jetzt an die Ausarbeitung entsprechender Maßnahmen, speziell auch an eine Verkürzung der Arbeitszeit, herantreten werde. So führte Dr. Wiemer wörtlich aus: „Es wird vorgebracht — und darüber wird ich reden — eine Verkürzung der Arbeitszeit.“ Da der frischmögliche Abg. Dr. Jäschke erklärte sich logisch dafür, daß die Frauenarbeit auf höchstens acht Stunden beschränkt werde.

Das Zentrum nahm allerdings schon damals eine zweideutige Haltung ein. Graf v. Postawoda hatte im Laufe der Debatte angekündigt, daß das Ergebnis der Erhebungen in einer besonderen Tatschrift zusammengefaßt werde, die dem Reichstage in der nächsten Zeit vorgelegt sollte und dann auch wörtlich zugegangen ist. Der sozialpolitische Führer des Zentrums, Dr. Körpe, benutzte sofort die Aufführung des Gesetzes v. Postawoda, um sich davon zu drücken, „auf diese Frage, die uns, dem Zentrum, vor allem am Herzen liegt, dreimal nahezutragen“. Nur den genialen Gedanken aber, daß noch eine Erhebung in dieser Sache nötig sei, ist nach er damals noch nicht gekommen.

Erst ein Jahr später rückte dieser häbige Plan auf. Bei der 1. Sitzung des Gesetz am 8. Januar 1902 brachte der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende Graf Dr. Süderum die Sprache von neuem daran, daß noch immer keine Vorlage zum Schutz der Arbeiterschaften erschienen sei. Das Zentrum ließ darauf bei der 2. Sitzung des Gesetzes durch Dr. Körpe erklären, daß es — „bedeutlich“ sei, jetzt in der Zeit der Krise finanzielle Vorschriften der Industrie und den Arbeitern auszuladen, man müsse sich vielleicht mit „Vorladungen idealer Art“ begnügen. Als ihm Genosse Richard Kübler entgegen trat und bewies: „wenn es jemals einen Zeitpunkt gegeben hat, wo Parteien und Regierung, wenn es einem ernst ist mit der Sozialreform, wirklich tiegrebende Reformen bringen möchten, dann ist es die Zeit einer gesellschaftlichen Krise, wo durch Arbeiterschlagen und Fabrikherabsetzung die deutsche Arbeiterschaft geradezu dezimiert ist“, als er Genosse Kübler die innige Ausreden des Zentrumsmannes entwischte, da er Graf v. Postawoda dem Zentrum zur Hilfe mit der Erfahrung erinnerte, daß die Gewerbeaufsichtsbeamten noch einmal über die sozialen Arbeitsergebnisse der Arbeiterschaften informieren und dann wird man sich ja ein weiteres Urteil zur Seite bilden können. Kübler war inzwischen bei dem sogenannten Minister ein vollständig er Umstieg in seiner Auffassung über

das, was in dieser Sache geschehen müsse, eingetreten. Im Jahre vorher die bestimmte Erklärung, daß eine neue Erhebung nicht nötig sei, und jetzt die eben bestimmte Erklärung, daß doch erst noch eine Erhebung erfordert werde. Und dabei forscht man vergeblich nach irgend einem Werthe der Gleichalldigung, gleichwohl denn der Reichstagssitzung für die bestehende Meinungsänderung eines Mannes, der doch sonst mit Rückhalt auf seine Stellung sich nicht umbekämpft an seinen Ansprüchen festlegen darf. Der Zentralverbundes Dr. Böhmeyer aber, der in derselben Sitzung noch zu Worte kam, das durch Einverständnis des Minister nicht nur als etwas Selbstverständliches hielten auch als etwas höchst Erstaunliches an und bezog seine Worte mit seinem Tante für die vorigen Erhebungen, ohne daß er sich versichert fühle, auch nur ein Werk darüber zu verlieren, weshalb er neue Erhebungen für notwendig hält.

Wie aber können nach heut noch eine solche Notwendigkeit nicht annehmen. Material zur Beurteilung der Sache ist genug vorhanden, und neue Thatsachen können auch durch Erhebungen insofern nicht aufgedeckt werden, wenn es sich um die Notwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit für die Arbeiterschaften handelt. Freilich wird durch die Erhebungen für die im nächsten Jahre erfolgenden Wahlen die beste Situation erreicht, wie bei der vorigen Reichstagswahl. Die bürgerlichen Arbeitersfreunde können die Arbeiters auf die Ergebnisse der Erhebungen vorbereiten und alles Schöne versprechen für die Zeit, wenn endlich genau Erhebungen bekannt sein werden. Die Kosten dieser Verstärkungs-Politik aber müssen die Arbeitersinnen tragen, die noch länger in so unverantwortlicher Weise, wie bisher, ausgebuht werden.

Politische Übersicht.

Heberrall abgelehnt!

In einem Artikel der Deutschen Industrizeitung, dem Organ des Zentralverbundes Frankfurter Industrieller heißt es:

„Die Regierung hätte diese Zeit und Platz verbraucht, durchaus unwillkürliche Verhandlungen in der (Zollamt-) Kommission abzudurchen und sich ganz den Verhandlungen über den Zolltarif eines neuen, für die weiteren Beiträge maßgebenden Handelsvertrages zuwenden. Sie ist bereit, diesen Verhandlungen gegen einen Tarif zu Grunde zu legen, den sie als zwingende Grundlage für ihr Weltmarkt sieht. Würde sie denn einen festigen Handelsvertrag mit dem Tarif als Grundlage des Handelsvertrages legen, so würde dieser nicht mehr bestreitbar sein. Überhaupt noch zu belieben zu ändern, sondern er würde nur das Objekt erneut oder ablehnen können, es würde dann heißen, daß Vogel oder irg.“

Alo auch der Zentralverband sieht ein, daß der iesige Zolltarifentwurf nicht zu Ende zu bringen ist. „Zur Erinnerung an ihm freilich sehr oft gehalten, ist als bald herauszuführen, daß siebte in dieser Kommission keine Absicht hat seine Wünsche auf Erhebung der Waren, Zölle, Zölle, Zölle, Zölle zu haben, in daß er den Aquatorien umsonst Zölle gäbe.“

Aber die Meinung, daß der Minister den zum Beitrage angehängten Entwurf eines Zolltarifs als Gütes anzunehmen mache, steht auf sehr schwachem Fundament, ein solches enthält eben

sich im Gefangen, und ich lasse mir's möglichen! Wie hat er denn das mit den Briefen gemacht? Und zu Schwimmern alle die Bedenke ausstellen. Wie gut, wie gut er ist, wie lieb er mich bat! Und ich, ich habe gesagt, während er im Gefangen war?

Und mit ruhenden Händen ruhte sie an ihrem Körper herum, ob nicht irgendwo ein Zolltarif bei den Fortbewegungen wäre, und als sie nichts fand, rückte sie an das Fenster und die Schirme vom Kopf, die letzte Deckung war ihr gut.

Das war wirklich eine dumme Freigabe. Mettmann mußte noch einmal untersuchen und der Frau eine Worte geben; fand jeder Journalist lange einmal nach Wichtigkeiten, das ist gar nicht so schlimm, daß Doctor Vogel gewußt hat und bei guter Laune bei dem ersten Briefen es erfuhr, er habe seine Frau aus Liebe betrogen, darüber war sie fast freuen.

„Sie hat mir gelungen,“ stammelte Doctor Vogel, „durch Tränen aus, und der Kontakt ließ nach; er redete ihr noch eine Weile zu, und als wir entzweites Zentrum endlich ganz zusammengekommen waren, wollte er einfach gehen, da stand sie mühsam auf und führte ihn am Armel des Kleides.

„Ich lasse Sie nicht“, rief sie. „Sie müssen mit mir nehmen in den nach Völklingen! Ich weiß ja nicht, wo das ist. Man wird mich doch zu ihm hinzuholen!“ Dann rief, ich bin ja keine Frau.“

Und sie rüttete mit den Fingen ihren Mantel und auf, Da überlegte sie sich, ob sie ihrer Eltern ihr plötzlich einen und Schwesternsachen tunten auf die Stirne. Mettmann saß sich auf die Knie.

Mettmann lachte sie mit einem Wink auf den Mund und rückte und rückte die Blumen, als sie wieder um ihn lag, wie Herr Mettmann verständigten.

„Sie rief mir Hilfe, aber ihre Stimme war zu schwach, da schrie sie sich lärmend bis zum Fenster vor, wo sie Stimmen gehört hatte; mit Mühe gelang es ihr, einen Blumen zu

Die Fanfare.

Roman von Heinrich Mann.

67. Fortsetzung. (Ruhend verboten.)

Mettmann hatte eine vierde Banknote auf den Tisch gelegt. Er drückte sich über die Ausgabe; diese Leute sollten wenigstens erfahren, daß er sich durch ihre Romantik nicht trocken ließ.

„Wenn Sie Ihren Mann leben,“ sagte er und nahm den so teuer bezahlten Brief entgegen, „ich lasse ihn bitten, gleich zu mir zu kommen, wenn er herauskommt.“

„Daraus kommt!“

„Mir gegenüber brauchen Sie Ihre Rolle nicht so gut zu spielen, liebe Frau Böde.“ Mettmann legte es gewöhnlich mit einem Brief, einen überhatten Hebergang zu finden, bevor er ging. „Ich weiß es an Ihnen zu schaffen, wenn Sie die Briefe so teuer als möglich verkaufen; übrigens wie Sie manchen. Ich will Sie ebenso art behandeln, wie die anderen es Ihnen; denn Sie sind sehr überzeugt, Ihr Mann sei in Italien.“

„In Italien?“

Kein Rösche blieb verloren.

Mettmann aber fuhr höflich lächelnd fort: „Die Briefe aus Italien tragen gewiß italienische Poststempel und sind den von Vincenzio.“

Sie wandte sich wieder dem Schreibtisch zu und holte aus ihrem Schublade die Rechnung heraus, um sie Herrn Mettmann zu zeigen. Sie hatte jedes Stückchen Papier sorgfältig aufbewahrt.

Was meinte Herr Mettmann mit Vincenzio? Schon reichte sie die Handvoll sorgfältig aufbewahrter Briefstücke über den Tisch herüber, da beugte sie dem eifigen Augen Mettmanns, und grüßlich lächelte sie auf:

„Mein Mann ist im Gefangen.“

Sie sank auf ihren Stuhl nieder und suchte vergebens in Freuden ein breitiges Lachen, schaute jeden Muskel ihres Körpers und ließ ihre Zähne wie im Siegerkostüm zusammenklappen. Sie brauchte nur zweimal Rote herzu.

Gottlieb Mettmann runzelte die Stirn und frischte sich vermutlich den grauen Zahnbusch. Die Briefmarken und Poststempel waren richtig und das Entfernen der Frau ließ es auch dort an ihm. Eine dumme Erfahrung, wie fühlte er auch so etwas wissen! Deponente wurde es nie sehr ungern.

„Liebe Frau Doktor,“ fand er herauslos, „Ihnen Sie doch nicht so. Was ein paar Tagen wird Ihr Mann herauskommen und Ihnen erscheinen, das ist gar nicht so schlimm war; das kann einem Journalisten alle Tage passieren.“

Frau Rösche rückte nach vorne, aber sie vermoderte keine deutliche Stille zu fördern, ihre Hände flogen wie im Bettanbau.

Nun wurde Mettmann ernstlich böse; er war kein Arzt.

Mettmann legte es die vier Zähne unter den Briefbeschwerer und legte im Sitzsack.

„Sie werden es bald gewöhnen, und foden Sie ihm eine gute Suppe, wenn er herauskommt.“

Er war schon in der Thure, als sie mit der äußersten Willensanstrengung ihre Sprache wiederstand; nur bewegen konnte sie sich nicht mehr.

„Vieben Sie!“ rief sie heiter. „Seien Sie kein Unheimlich!“

Da war sie nicht mehr sie, die sie mit lauter Dienst zusammenkamen.

„Zöhl! Er lächelt ja davon! So freuen Sie doch, Herr Mettmann, seien Sie doch darumherum! Mein Mann